

STADT FUCHS



Zeitung des SPD-Ortsvereins für Treuchtlingen und seine Ortsteile



Volksbegehren „Bürgerentscheide in Gemeinden und Kreisen“

Nachdem bereits zwei Volksbegehren in Bayern abgelehnt wurden, steht nun fest, daß das Volksbegehren „Bürgerentscheide in Gemeinden und Kreisen“ stattfindet und zwar vom **06. bis 19. Februar 1W5**. Während des Volksbegehrens müssen sich innerhalb von zwei Wochen fast 900.000 Menschen in den Eintragungslökalen in die Volksbegehrenlisten eintragen, damit es sechs Monate später zum Volksentscheid kommt.

Das Ziel des Volksbegehrens:

Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens sieht vor, daß in den Gemeinden, Städten und Landkreisen Bayerns das Bürgerbegehren und der Bürgerentscheid eingeführt wird. Dadurch erhalten Sie mehr Mitbestimmungsrechte. Das Recht auf Bürgerentscheid gibt es bereits in neun Bundesländern.

Was ist ein Bürgerentscheid?

Im Bürgerentscheid wird von der Bevölkerung direkt über eine einzelne Sachfrage (z. Bsp. der Bau eines Kindergartens) entschieden. Wie bei einer Wahl sind alle Bürgerinnen und Bürger aufgerufen abzustimmen. Die Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheidet.

Worüber kann man in einem Bürgerentscheid entscheiden?

Über alles, über das der Gemeinde-, Stadtrat oder Kreistag auch entscheiden kann. Also nicht über Fragen, die im Landtag oder Bundestag entschieden werden.

Was ist ein Bürgerbegehren?

Mit einem Bürgerbegehren wird ein Bürgerentscheid eingeleitet. Beim Bürgerbegehren müssen je nach Gemeindegröße die Unterschriften von 3 bis 10% der wahlberechtigten Bürger und Bürgerinnen gesammelt werden. Die Hürde des Bürgerbegehrens

stellt sicher, daß nur wichtige Fragen zum Bürgerentscheid kommen.

Was bewirken Bürgerentscheide?

- Die Bürgerinnen und Bürger können in einzelnen Sachfragen zwischen den Wahlen selbst entscheiden und ihre Vorschläge besser einbringen.
- Das Interesse der Bürger an politischen Sachfragen steigt. Denn wer gefragt und ernst genommen wird, wendet sich nicht ab und wird verdrössen.
- Prestigebauten und Steuerver Schwendung können leichter verhindert werden.
- Querulanten werden ernüchtert. Denn beim Bürgerentscheid zeigt sich, wie stark sie wirklich von der Bevölkerung unterstützt werden.
- Politiker haben es leichter, die Bürger zu vertreten. Denn es

Berichte aus der SPD-Kreistagsfraktion:

Bioabfallentsorgung

Seit Jahren fordert die SPD die Entsorgung der biogenen Abfälle (z.B. Speisereste) durch Kompostierung. Bereits 1989 lagen Erkenntnisse aus anderen Landkreisen vor, daß auch in ländlichen Gebieten Bioabfall vorhanden ist. Ein SPD-Antrag aus dem Jahre 1989 verschwand im Papierkorb der Kreisverwaltung. Im November 1992 stellten wir Antrag auf Erstellung eines Konzeptes zur Bioabfallentsorgung im Landkreis. Um die Gebühren zu reduzieren, schlugen wir die Einführung einer 14-tägigen Leerung im Wechsel mit der Restmülltonne vor und forderten die Verwaltung auf, auch Erfahrungen aus anderen Gebietskörperschaften mit bereits eingeführter Bioabfallentsorgung auszuwerten.

Am 1.9.95 soll es nun so weit sein. Nach einer Beschlußvorlage des Umweltausschusses soll zu diesem Termin die Bioabfallentsorgung eingeführt werden. Eine Befreiung vom Anschlußzwang soll es ebenso geben wie die gemeinsame Nutzung einer Tonne durch zwei Haushalte. Letztlich muß der Kreistag das Konzept noch billigen.

Krankenhäuser -Umwandlung der Betriebsform

Um in Zukunft Verluste in den Krankenhäusern des Landkreises zu vermeiden, hat sich die SPD-Kreistagsfraktion sehr ausführlich mit dieser Thematik beschäftigt. Als Referenten waren neben einem Bundestagsabgeordneten auch kaufmännische Direktoren aus Krankenhäusern in Stuttgart und München zu uns gekommen.

Unser im Juli eingereichte Antrag auf Änderung der Betriebsform wurde von der Verwaltung nahezu vollständig übernommen. Wir wollten jedoch keine neuen Planstellen für **zwei** Betriebsleiter, sondern **einen** Fachmann aus der freien Wirtschaft mit "Know-How" und Weisungsbefugnis gegenüber allen Beschäftigten der Krankenhäuser. Weiter sollte der Betriebsleiter nur auf 5 bis 7 Jahre im Rahmen eines Zeitvertrages eingestellt werden.

Die Mehrheit des Kreistags stimmte für den Verwaltungsvorschlag mit zwei Krankenhausdirektoren.

Nicht einverstanden waren wir mit der Übertragung der Bioabfallentsorgung ohne öffentliche Ausschreibung an einen Unternehmer. Wir sind auch der Meinung, daß vor einer Erhöhung der Abfallentsorgungsgebühren infolge der Einführung der Bioabfallentsorgung die derzeitigen Abfallgebühren auf Einsparungen überprüft werden müssen.

Auch wenn vielleicht mancher/manche die Bioabfallentsorgung mit Vorbehalten sieht, sollte man bedenken, daß auch in "Dorf-Mülltonnen" immerhin noch 30 Prozent kompostierbare Abfälle in unsrem Landkreis gefunden wurden. Da Kompostieren "nur" DM 200 pro Tonne kostet, das Verbrennen jedoch ca. DM 400 pro Tonne, entlastet die Bioabfallentsorgung mit Blick in die Zukunft den Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürger.

Siedlungsgebiet	Gesamtmüllmenge		Biogene Abfälle	
	kg/Ew*a	%-Anteil	kg/Ew*a	
Stadt	156	54%	84	
Siedlung	116	43%	50	
Dorf	116	30%	35	
MW Dorf-Siedlung	116	39%	45	

Wußten Sie, daß

- wir seit 1991 mit die höchsten Abfallentsorgungsgebühren in Bayern haben;
- das Produkt "Kompost" nur dann hygienisch unbedenklich ist, wenn sich der gesamte Kompost über 60 Grad erwärmt;
- durch Fleischreste im Hauskompost Kleinnager angelockt werden und dadurch Gefahr der Übertragung von Seuchen besteht;
- im Landkreis ca. 6000 Tonnen pro Jahr Bioabfall vorhanden ist;
- die Anregung zu einem Gebrauchtwarenmarkt im Weißenburger Recyclinghof von der SPD stammt.

Der „Grüne Punkt“ schon wieder teurer

Auch in diesem Herbst steigen die Kosten des "Grünen Punktes" für Einwegverpackungen. Bei Getränkeverbundkartons für Frischmilch steigt das Lizenzentgelt um rund 25 Prozent. Aluminiumverpackungen bringen es gar auf über 50 Prozent höhere Gebühren. Auf den ersten Blick könnte die Kostensteigerung für die Sammlung, Sortierung und Verwertung von Einwegverpackung. - die Firma Duales System GmbH rechnet hierdurch mit jährlichen Mehreinnahmen von 600 Millionen DM - die Attraktivität von Mehrwegflaschen und dergleichen erhöhen. Im Endeffekt wird durch die vom Einzelhandel üblicherweise vorgenommene Mischkalkulation die Kostenrelation zwischen Getränkedosen und Pfandflaschen regelmäßig verwischt.

Aus dem Landtag ... Aus dem Landtag .. . Aus dem Landtag

Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser,

auf diesem Wege möchte ich mich nochmals für die lieben Glückwünsche zu meinem Einzug in den Bayerischen Landtag bedanken. Sie geben mir Mut und Kraft für die vielen neuen Aufgaben, die mich erwarten. Die Schwerpunkte meiner Arbeit liegen in folgenden Ausschüssen:
- Ausschuß für Eingaben und Beschwerden (der sogenannte Petitionsausschuß) und
- Ausschuß für Fragen des öffentlichen Dienstes. In diesem Ausschuß bin ich von der Fraktion aus zuständig für die Arbeitsgebiete Personalvertretungsgesetz und berufliche Schulen sowie Angestellte, Behinderte und Frauen im öffentlichen Dienst.

Außerdem arbeite ich mit in den Arbeitskreisen „Sport“ und „Kinderpolitik“ der SPD-Landtagsfraktion.

Ich versichere Ihnen, zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger mein Bestes zu geben. Gleichzeitig mit meinem Dank möchte ich Ihnen die besten Wünsche für das kommende Jahr übermitteln.

Ihre Landtagsabgeordnete

Christa Naaß

MdL Christa Naaß mit Helmut Ritzer (Nürnberger Land), dem Sprecher der mittelfränkischen SPD-Abgeordneten



Bürgersprechstunden

Seit dem 2. Dezember 1994 halte ich jeden ersten Freitag im Monat von 13 bis 15 Uhr in der SPD-Geschäftsstelle Gunzenhausen zusammen mit einem örtlichen Kommunalpolitiker eine Sprechstunde ab. Dabei stehe ich für die Belange der Bürgerinnen und Bürger mit Rat und Tat zur Verfügung. In Weißenburg und Treuchtlingen sollen ab 1995 regelmäßig Sprechstunden stattfinden. Außerdem sind auch Termine nach telefonischer Absprache möglich. Mein Bürgerbüro in Obererlbach ist montags bis donnerstags von 9 bis 16 Uhr und freitags von 9 bis 13 Uhr unter Tel. (09837) 460 zu erreichen.

Pflegeversicherung

Was CSU und Staatsregierung jetzt zur Kompensation der Kosten für die Pflegeversicherung anbieten, ist Heuchelei. In selbsterhellender Deutlichkeit hat die „Aktions-einheit“ CSU und Staatsregierung ihre Doppelstrategie gefahren: - Die Staatsregierung legte endlich am 24. November in der Plenarsitzung einen Gesetzentwurf vor, in dem sie die Abschaffung eines Feiertags, nämlich des Büß- und Bettages, vorschlägt. (Vor der Landtagswahl hat man übrigens in dieser Frage nichts von der CSU gehört!)

- Die CSU-Landtagsfraktion legte, ebenfalls am 24. November, gleichzeitig mit dem Gesetzentwurf einen Dringlichkeitsantrag vor, der so tut, als gäbe es eine Alternative, und spielt sich wider besseres Wissen als Retter dieses Feiertags auf. Doch genau diese CSU hat sich besonders hervorgetan, als es um die Forderung nach Kompensation des

Arbeitgeberanteils der Pflegeversicherung ging. Damit wurde uns Sozialdemokraten, die wir so schnell wie möglich die Einführung der Pflegeversicherung wollen, auch die Streichung eines Feiertags als Lösung im Bundespflegegesetz aufgezwungen, die wir nicht wollten!

Wir haben nur zugestimmt, um nicht ein gänzlichliches Scheitern der Pflegeversicherung zu riskieren. Jetzt stehen wir vor der Situation, vor der wir immer gewarnt haben: Wir können nur noch zwischen schlechten Lösungen wählen, die alle eine Belastung der Bevölkerung mit sich bringen.

SPD hat keine Schuld

Auf keinen Fall kommt es für uns in Frage, daß die Arbeitnehmer den gesamten Betrag einschließlich des Arbeitgeberanteils aus eigener Tasche bezahlen oder daß Karenztage eingeführt werden. Dann bliebe noch der Ausweg einer Kürzung von Urlaubstagen, der sich wegen der verfassungsrechtlich geschützten Tarifautonomie verbietet. Das üble Spiel von Herrn Stoiber ist nun, daß er die Gewerkschaften gegen die Kirchen ausspielt.

Daran, daß die Situation so verfahren ist, trägt die SPD keine Schuld. Die SPD-Landtagsfraktion hat bereits vor den Wahlen einen konkreten Vorschlag für Bayern gemacht, wenn auch nicht aus frohem Herzen, sondern gezwungenermaßen: In überwiegend katholischen Gebieten soll der Büß- und Betttag fallen, in überwiegend evangelischen Gegenden der Fronleichnamstag - so, wie es in Bayern bis 1980 üblich war. Dies wäre unter allen schlechten Lösungen noch die verträglichste.

Heuchlerisches Spiel

CSU und Staatsregierung müssen sich endlich zu ihrer Verantwortung bekennen. Herr Stoiber muß aufhören, dem jahrzehntelangen unerträglichen Gezerre um die Pflegeversicherung - die nun Wirklichkeit geworden ist -, dadurch die Krone aufzusetzen, daß er sein heuchlerisches Spiel um die Kompensation fortsetzt.

Arbeitskreise der SPD stellen sich vor !

Info: Arbeitskreis Behinderte/Nichtbehinderte im SPD-Ortsverein Treuchtlingen zu Hd. Frau Gabriella Grillenberger, Gstadter Str. 12, Tel. 09142/5912

Der Arbeitskreis Behinderte/Nichtbehinderte im SPD-Ortsverein Treuchtlingen hat sich zur Aufgabe gemacht, Behinderten und Nichtbehinderten Wege der Begegnung, Verständigung und des Verständnisses zu schaffen und ist mit der Möglichkeit des direkten politischen Kontaktes zur SPD ausgestattet.

Ein Nichtbehinderter kann nur sehr schwer den Umfang der Benachteiligung erkennen. Die körperliche oder geistige Einschränkung allein macht noch nicht behindert, aber das Verhalten der Mitmenschen, bauliche Probleme, der Umgang mit Be-

hörden, usw. lassen eine Behinderung zur Benachteiligung werden.

Hilfe und Helfer auf Dauer für eine oder einen Behinderten zu finden ist schwer und kostspielig. Hier könnte noch manches verbessert werden. Verschiedene Organisationen die im sozialen Bereich tätig sind leisten hier hervorragendes und deren Arbeit kann nicht hoch genug anerkannt werden. Doch dies wird durch den massiven Sozialabbau der Regierung immer mehr erschwert und oft auch unmöglich gemacht. Da der bisherige Vorsitzende Rudolf Grillenberger aus beruflichen Gründen sein Amt nicht mehr ausüben kann, übernimmt

Gabriella Grillenberger die Nachfolge.

Der Arbeitskreis und der OVVorstand spricht Rudolf Grillenberger für seinen unermüdlichen Einsatz, den Behinderten das Leben etwas zu erleichtern, seinen Dank aus und wünscht Gabriella Grillenberger den gleichen Erfolg.



Fortsetzung von Seite 1 „Volksbegehren“

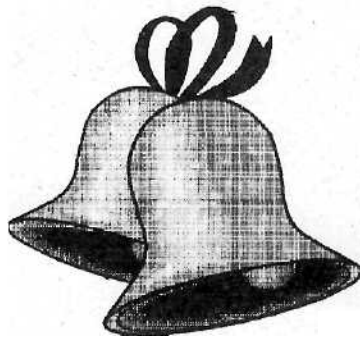
wird klarer, was die Bürger eigentlich wollen.

- Lernprozesse werden angeregt: Vor Bürgerentscheiden finden öffentliche Sachdiskussionen statt.

Unterstützt wird das Volksbegehren von über 50 Verbänden u. a. vom Bund Naturschutz, Landesbund für Vogelschutz, den evangelischen und katholischen Jugendverbänden, DGB, Bündnis 90/Grüne, ÖDP und SPD.

Die SPD Treuchtlingen fordert Sie auf, das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Bayern: Bürgerentscheide in Gemeinden und Kreisen“ zu unterstützen und sich in die vom 06. bis 19. Februar in den Eintragungslokalen ausgelegten Listen einzuschreiben.

Wir wünschen allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und glückliches Neues Jahr 1995.



SPD-Ortsverein Treuchtlingen
SPD/JGB-Stadtratsfraktion
Stadtfuchsredaktion

Impressum: Stadtfuchs - Herausgegeben vom SPD-Ortsverein Treuchtlingen für die Gesamtgemeinde
Redaktion: Sabine Schlund, Reinhold Conrad, Holger Fischer, Stefan Fischer